



Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz): Mehr Verlässlichkeit und Stabilität in der Kindertagesbetreuung

Am 30. September 2025 hat die Landesregierung NRW Eckpunkte für eine grundlegende Reform des Kinderbildungsgesetzes beschlossen. Ziel ist ein zukunftsfähiges, familienfreundliches und stabiles Kita-System. Denn trotz vieler Investitionen steht es aktuell unter Druck: Es fehlen Fachkräfte, die Kosten steigen, und Bürokratie bremst alle Beteiligten aus.

Die Reform ruht auf vier Säulen: mehr Personal, stabile Finanzierung, weniger Bürokratie und mehr Handlungsspielräume vor Ort.

► Mehr Fachkräfte

Das Land stellt jährlich mindestens 50 Mio. Euro zusätzlich bereit – für bessere Ausbildungsbedingungen, attraktivere Praxisausbildung und gezielte Förderung von Anschlussqualifizierungen. Kitas mit Ausbildungsplätzen erhalten künftig eine eigene Pauschale. Ziel ist es, neue Fachkräfte zu gewinnen, bestehendes Personal zu entlasten und Ausbildung attraktiver zu machen.

► Finanzielle Stabilität

Ab August 2027 steigt die Grundfinanzierung dauerhaft um 200 Mio. Euro jährlich. Zudem investiert das Land 1,5 Mrd. Euro in die Kita-Infrastruktur. Schon vor Inkrafttreten gibt es Entlastungen durch einen Ausgleich steigender Personalkosten. Damit wird für Träger, Kommunen und Eltern mehr Planungssicherheit geschaffen.

► Weniger Bürokratie – mehr Zeit für Kinder

Förderprogramme wie Sprach-Kitas und PlusKITAs werden ins KiBiz integriert, Verfahren vereinfacht und Dokumentationspflichten reduziert. So bleibt mehr Zeit für die pädagogische Arbeit, während gleichzeitig ein verlässliches und hochwertiges Bildungsangebot gewährleistet wird.

► Mehr Flexibilität vor Ort

Kitas können Betreuungszeiten und Gruppengrößen passgenauer organisieren – bei gesicherten Qualitätsstandards. Schrittweise wird ein System kindbezogener Pauschalen eingeführt, das die Förderung noch stärker an den Bedürfnissen der Kinder ausrichtet.

Die Kirchen spielen als große Träger eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Reform. Gemeinsam mit dem Katholischen Büro NRW und dem Evangelischen Büro in Nordrhein-Westfalen werden seit Monaten Rahmenbedingungen erarbeitet, die sowohl den Trägern als auch den Familien mehr Verlässlichkeit bieten. In meiner Funktion als Verantwortlicher der CDU-Fraktion für die Evangelische Kirche im Landtag führe ich regelmäßig Gespräche mit Oberkirchenrat Martin Engels. Diese engen Abstimmungen helfen, die Perspektiven der Träger in die politische Arbeit einzubringen und das Kita-System langfristig zu stabilisieren.



Gewaltprävention an Schulen: Polizei und Schulen arbeiten enger zusammen

Unter dem Titel „miteinander.stark.sicher – gemeinsam für eine gewaltfreie Schule“ haben das Innenministerium und das Schulministerium in NRW ein neues Präventionskonzept vorgestellt. Ziel ist es, Gewalt an Schulen vorzubeugen, Lehrkräfte im Umgang mit Konflikten zu stärken und Schülerinnen und Schüler für ein respektvolles Miteinander zu sensibilisieren.

Das Konzept kombiniert praxisnahe Deeskalationstrainings für Lehrkräfte, Unterrichtseinheiten gemeinsam mit Polizei- und Kripobeamten sowie regelmäßige Schulhofgespräche, bei denen Schülerinnen und Schüler direkt mit der Polizei ins Gespräch kommen können. So sollen Konflikte frühzeitig erkannt und gewaltfrei gelöst werden, während gleichzeitig Vertrauen zwischen Polizei und Schülern aufgebaut wird. Ende des Jahres starten Pilotprojekte an 20 Schulen in zehn Städten und Kreisen.

Ich halte dieses Konzept für einen wichtigen und richtigen Schritt. Sicherheit, Prävention und gegenseitiger Respekt gehören für mich zu den Grundlagen guter Bildung, und die neue Zusammenarbeit zwischen Schulen und Polizei setzt hierfür klare, sichtbare Zeichen.

Mehr Solarstrom für alle – neue Förderung für Photovoltaik auf Mehrfamilienhäusern

Nordrhein-Westfalen beschleunigt den Ausbau von Solarstrom, insbesondere auf den Dächern von Mehrparteienhäusern. Mit dem Förderprogramm „progres.nrw – Klimaschutztechnik“ stehen insgesamt rund 1,5 Millionen Euro bereit, um ungenutzte Dachflächen für die lokale Stromerzeugung nutzbar zu machen.

Die Förderung umfasst sowohl die Erneuerung der Hauselektrik, die oft Voraussetzung für Photovoltaik-Anlagen ist, als auch Planungs- und Beratungsleistungen, die Investitionen erleichtern und die Umsetzung von Mieterstrommodellen ermöglichen. Durch die neue Förderung profitieren Mieterinnen und Mieter von günstigem Strom direkt aus ihrer Nachbarschaft, während Eigentümerinnen und Eigentümer Planungssicherheit und einen wirtschaftlichen Mehrwert erhalten. PV-Anlagen auf Mehrfamilienhäusern tragen außerdem aktiv zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit in NRW bei. Trotz des rasanten Ausbaus in den letzten Jahren gibt es auf Mehrparteienhäusern noch erhebliches ungenutztes Potenzial – mit der Förderung sollen Hemmnisse weiter abgebaut und die Energiewende direkt in die Städte gebracht werden.

Ich sehe in dieser Initiative einen wichtigen Schritt für mehr Klimaschutz und bezahlbaren Strom für die Menschen vor Ort. Die Möglichkeit, gemeinsam in Wohngebäuden Solarstrom zu erzeugen und direkt zu nutzen, macht die Energiewende greifbar und bringt ökologische, soziale und wirtschaftliche Vorteile zugleich.